

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 55.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 55.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeilage täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden.



Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die siebengezeigte Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergezeigte Zeile 10 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncenannahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 364.

Redaktion: Jol. Grunau.

Dienstag, 11. Oktober 1910. (Bruno B., Ethelburga.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß.

37. Jahrgang.

Deutschlands Einigung und Oesterreichs Politik.

Die diplomatische Vorgeschichte und Geschichte des deutsch-französischen Krieges, die durch die von der französischen Regierung besorgte Publikation der Originaldokumente gerade jetzt in den Mittelpunkt des Interesses gerückt ist, erzählt weitere bedeutungsvolle Aufhellung durch eine insofern wichtige, auf bisher unbekannten Quellen aufbaute Abhandlung über die österreichische Politik vor 40 Jahren, die Wilhelm Müller in der Deutschen Rundschau veröffentlicht. Seine Hauptquelle ist der noch nirgend veröffentlichte Briefwechsel zwischen dem damaligen Leiter der österreichischen Diplomatie, dem Reichsfürst Grafen Beust, dem bayerischen Minister Grafen von Stauditz, dem österreichischen Diplomaten Grafen von Sotgiu und den österreichischen Reichsministern Grafen von Sotgiu und Grafen von Sotgiu. Besonders über die mit jähem Hartnäckigkeit verfolgten Absichten und Pläne Beusts, Österreich auf die Seite Frankreichs zu ziehen, erhalten wir rückhaltlose Mitteilungen, da der sonst keine Kombinationen in ein geheimnisvolles Dunkel hüllende Beust sich seinem vertrauten Jugend- und Jugendfreund Grafen von Stauditz und Grafen von Sotgiu gegenüber offen ausdrückt. Eine Abneigung an Frankreich war das Ziel, das Beust gleich nach seinem Einzuge in das österreichische Ministerium des Auswärtigen aufnahm. Nachdem er sich zunächst von Napoleon eine hochmütige Abweisung geholt hatte, sah sich der Franzosenhaß doch zu gewinnen, durch Vermittlung des österreichischen Reichsministers in Paris Metternich am 8. März 1867 den Antrag einer gegen Preußen gerichteten Allianz zu machen. Als Lohn für geleistete Waffenhilfe sollte Österreich sich an Schlesien oder Südböhmen schadlos halten. So gern Beust zugegriffen hätte, mußte er doch auf Befehl des Kaisers Franz Josef antworten. Österreich könne sich zur Unterstützung gegen Preußen nur in einem Kriege verpflichten, der nicht einer deutschen Frage wegen geführt werde. Am 18. August 1867 kam es zu einem ersten schriftlichen Uebereinkommen; aber nun bestand Beusts Aufgabe darin, das politische Verhältnis zwischen Frankreich und Österreich zu einer intimen Allianz zu gestalten. In geheimen Verhandlungen zwischen den Höfen, die einer Art Konfidentialität gleich, wurde an der Gründung eines Dreiecksbundes zwischen Frankreich, Österreich und Italien gearbeitet; doch die Verhandlungen gegen sich über ein Jahr hin und blieben infolgedessen resultatlos, als es zu einem tatsächlichen Bündnisabschluß in Vertragsform nicht kam. Napoleon mußte sich schließlich im September 1869 damit begnügen, die Kontrahenten mit einem dreifachen Ausdruckschreiben zu versehen, in denen sich die drei Herrscher ohne

Angabe von Einzelheiten und in formloser Weise gegenseitige Unterstützung versprochen. Auf dieser Basis hoffte der Franzosenhaß doch noch ein Schutz und Trutzbündnis aufbauen zu können, und Beust suchte ihn darin zu unterstützen, indem er im Dezember 1869 zunächst einmal eine österreichisch-italienische Entente zustande brachte, in deren zweitem Artikel sich Italien bereit erklärte, im Falle eines Krieges zwischen Österreich und Preußen ein österreichisch-italienisches Bündnis zu schließen, unter der Bedingung, daß nicht der Umsturz der durch den Prager Frieden in Deutschland geschaffenen Lage den Zweck der Allianz bilde. Nachdem er so Italien gewonnen hatte, schickte Beust auch in Südböhmen eine Heilung, gegen Preußen bestehende Stimmung und förderte die Bündnisverhandlungen so rasch, daß er schon am 2. Februar den Vorschlag Metternich den Entwurf eines Vertrages zwischen Österreich-Ungarn und Frankreich übermitteln konnte. Im dritten Artikel dieses Uebereinkommens, das erst jetzt aus einem Brief Beusts an den Grafen von Stauditz bekannt wird, verpflichtete sich Frankreich, jeden Schritt zu unterlassen, der als gegen die im Prager Frieden geschaffenen Zustände gerichtet angesehen werden könnte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dieser vorläufige Februarvertrag tatsächlich ratifiziert wurde, denn der Führer der sogenannten Militärpartei, die für einen Krieg gegen Preußen war und Beust unterstützte, Erzherzog Albrecht, gab sich zu weiterer Verfolgung nach Paris. Doch erklärte von den beiden unerschütterlichen Bedingungen für die aktive Teilnahme Österreichs, daß nämlich keine deutsche Frage den Kriegsausbruch bilde und Frankreich den Krieg allein eröffnen müsse, der österreichische Marschallstat die letztere für unannehmbar. So wurde also ein eigentliches Bündnis nicht geschlossen; als aber wenige Wochen später die Frage der Kandidatur des Hohenzollernprinzen für den spanischen Thron aufkam, da hielten Kaiser Napoleon und die Pariser Kriegspartei die ungewissenhaft nicht deutsche Frage für den besten Kriegsgrund, und Napoleon erblachte in den Eröffnungen, die Beust gerade damals machte, eine zwar inoffizielle, aber nicht weniger frische Zusage der Heeresfolge Österreichs. Aus diesen Hoffnungen heraus erklärte sich das Rätsel, warum die folgenden französischen Kreise aus der Frage der Hohenzollernschen Kandidatur, sogar als sie schon erledigt war, ihren Kriegsgrund gegen Preußen zu erhalten suchten. Am 6. Juni 1870 erschien der französische General Leclerc in Wien, um den gemeinsamen Feldzugsplan endgültig festzusetzen. Frankreich rechnete also bestimmt darauf, daß Österreich und Italien mit ihm gemeinsam den Krieg beginnen würden. Dem aber stellte sich der Kaiser Franz Josef mit aller Entschiedenheit entgegen. Er erklärte, er könne erst dann mit Frank-

reich gemeinsame Sache machen, wenn Kaiser Napoleon sich nicht als Feind, sondern als Befreier von der preussischen Hegemonie in Süddeutschland zeige; er wolle also erst mit Waffengewalt vorgehen, wenn Preußen die Bestimmungen des Prager Friedens breche. Italien erklärte sich übrigens nur zur Waffenhilfe bereit gegen die Freigabe Roms, und da Napoleon dies ablehnte, war seine Haltung klar. Beust unflarer und schwächer, aber war die Stellung Österreichs, wo als Gegenüber des eifrigen für das französische Bündnis agierenden Beust der ungarische Ministerpräsident Andrássy auftrat, der mit schlagenden Gründen die Notwendigkeit einer Neutralität verteidigte. Trotzdem nun im österreichischen Kabinet die frische Neutralität durchgesetzt wurde und nur im Hinblick auf das drohende Risiko eine beschränkte Kriegszugung erfolgte, hielt Beust noch immer an seinen Plänen fest und wollte Österreich die Verbindung mit Frankreich erhalten, wenn Napoleon, wie er sicher annahm, als Helfer Süddeutschlands auftrat. So machte er denn in vorläufigen und doppeldeutigen Erklärungen den Franzosen auf Realisierung der Allianzpläne vorläufig aus. Zu einem Bündnis kam es nicht, da Napoleon sich erst zu spät bereit erklärte, auf die unerlässliche Bedingung, die Preussische Armee aus Italien, einzugehen. Als er sich endlich dazu entschloß, hatte der Siegeszug der deutschen Armee bereits begonnen, und auch Beust wußte nun, daß ihn keine Erwartungen getäuscht hatten. Doch die kriegerischen Geister, die der Reichsminister gerufen, wurde er nun nur schwer los. In immer neuen Vorschlägen und Unterhandlungen suchte er für Frankreich zu intervenieren, ohne etwas zu erreichen. Die Zeit seiner gegen Preußen gerichteten Pläne war vorbei. Kaiser Franz Josef hatte wie so oft, die Politik seines Reiches auf die geraden Bahnen der Aufrichtigkeit und ritterlichen Ehrlichkeit zurückgeleitet: die Zeit für Andrássy's „Versöhnungspolitik“ war gekommen.

Deutschland.

Berlin, 10. Oktober.

In wohltuendem Gegensatz zu der religionsfeindlichen Hege, in der sich viele jüdisch-liberale Kreise und deren Propaganda hervorzuheben bemüht sind, stellt sich eine Kundgebung von Berliner rechtgläubigen Israeliten, die am letzten Donnerstag gelegentlich einer Versammlung sich zu folgender Resolution bekamen: „Die heute den 6. Oktober in der Trauerei Königsplatz tagende, zahlreich besuchte jüdische Volksversammlung nimmt mit Entrüstung von den Angriffen und Beschimpfungen Kenntnis, welche der Bürgermeister von Rom, namens Nathan, der seiner Geburt nach leider dem Judentum angehört, gegen die katholische Kirche und gegen das Papsttum gerichtet hat. In dem die Versammlung streng auf dem Boden des auf Sinai geoffenbarten Judentums steht und jede Verunglimpfung desselben scharf zurückweist, erkennt sie das gleiche Recht in logischer Folge allen anderen positiven Religionen zu und achtet die christliche Ueberzeugung derer, welche! Zugleich lehnt sie jede Gemeinschaft mit Elementen, gleichgültig ob jüdischen Stammes oder nicht, die teils unter der Maske der Wissenschaft, teils im Namen sogen. Aufklärung auf Rednertribünen, in Zeitungen, Bildblättern und an anderen Orten das Heiligtum des Glaubens niederzureißen trachten, entschieden ab!“ Diese Kundgebung muß man dankbar quittieren. Nach das Judentum darf des Schutzes seiner Rechte durch unsere Partei voll und ganz ebenso sehr versichert sein, wie wir jede lärmhafte Anrechnung des radikalen Judentums mit Entschiedenheit zurückweisen. Den Antisemitismus haben wir stets bekämpft, aber unser Recht auch stets zu wahren gewußt.

Unbequem und hinderlich wird es der Sozialdemokratie, daß man immer wieder das Zusammenwirken der Partei mit dem religionslosen Freidenkertum darlegt. Man möchte doch in Gegenden, wo man etwas auf Religion hält, noch immer mit der heuchlerischen Phrase freidenken gehen. Religion ist Privatsache. Der „Vorwärts“ sucht denn auch in einem langen Leitartikel nachzuweisen, daß die Partei mit diesen religionsfeindlichen Bestrebungen nichts gemein habe. Aber dem gegenüber steht sich das deutsche Freidenkertum zur Wehr und sein Präsident Tschern-Weissau plaudert im „Vorwärts“ (Nr. 330 vom 1. Oktober 1910) in ganz interessanter Weise aus der Schule; man liest da:

„Das baggen die spezifische Freidenkerbewegung arbeiterfeindlich sei und nirgend Anhänger unter der Arbeiterklasse finde, daß, wenn ein freidenkerlicher Strohhalm sich in Lager des Proletariats verirrt, solchen Leuten — a la Dr. Mühl — besonders auf die Finger gesehen werden müßte, diese grobe Entstellung der Tatsachen fordert öffentlichen Protest und öffentliche Aufklärung. Von dem sozialdemokratischen Parteiveteran Kees angefangen, der schon den Magdeburger Parteitag rednerisch einleitete, und der ebenso ein Veteran der freidenkerischen resp. freireligiösen Bewegung ist,

wußte ich gar nicht alle sozialdemokratischen Führer und Vertrauenspersonen aufzuzählen, die zugleich in der Freidenkerbewegung stehen und denen Reichstags-, Landtags-, Stadtorbitorneumandate, Redaktions- und Vorstandspositionen in der Partei übertragen sind. Es wunderte mich, daß der „Vorwärts“ davon nichts weiß und diese freidenkerischen Parteigenossen so beleidigt, indem er sie wegen ihres freidenkerischen Interesses besonderer Ueberwachung empfiehlt. In Österreich steht an der Spitze des organisierten Freidentums der Wiener alte Arbeiterführer und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Mühlbacher. In seiner Budgetrede 1908 bekannte Adler widerwillig, daß die österreichische Arbeiterkraft die größte und begehrteste Zustimmung finde, wenn von der Gesetzesunterdrückung durch die Kirchenherrschaft gesprochen werde. Beim internationalen Freidentertag in Paris 1905 saß nicht ein Clemenceau, sondern ein Alesmane mit in der Leitung des Kongresses, wie die Seele der internationalen Freidentertagsoffiziation der sozialistische Abgeordnete Journement in Brüssel ist. Beim internationalen Freidentertag in Prag 1906 trat der inzwischen hingerordete Ferrer als Vertreter Spaniens auf, der Begründer der freien Schulen in dem ebenso geistig wie wirtschaftlich niedergeborenen Volke. Schon 1904 waren ca. 400 Vertreter des spanischen Freidentertums zu dem Kongress nach Rom gekommen. Es sind nicht auffälligbedürftige Strohhölzer, sondern großenteils die besten Köpfe der Sozialdemokratie mit, die das freidenkerische Interesse speziell in sich tragen und die in allen Ländern des Interesses gemeinschaftlich mit „bürgerlichen Ideologen“ auszu vertreten nicht verschmähen, weil es sich dabei eben um „allgemeine menschliche Ideale“ handelt, denen auch der „Vorwärts“ einen gewissen Wert zuspricht.“

Für diese Bekenntnisse sind wir sehr dankbar, da sie wertvolle Tatsachen enthalten. Die Genossen sind also die eifrigen Förderer der Freidenker. Nicht braucht ein christlich gesinnter Arbeiter gar nicht zu wissen!

An die Gewehre!

Die Proklamation des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der die „Genossen“ und „Genossinnen“ mit Rücksicht auf die Möglichkeit frühzeitiger Reichstagswahlen zu einer energiegelichen Vorbereitung derselben aufruft, sollte auch für unsere Freunde in Stadt und Land eine deutliche Mahnung sein, schon jetzt allerorts für die Kampfbahnen die entsprechenden Maßnahmen ins Werk zu setzen. Man nun der von dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei angegebene frühe Termin für die Wahlen zutreffen oder nicht, jedenfalls steht es fest, daß die außerordentliche Wichtigkeit der künftigen Reichstagswahlen eine schon frühzeitige Wahlvorbereitung auch unserer Kräfte angezeigt erscheinen läßt. Die Ausführungen lassen zugleich erkennen, unter welchen Parolen die sozialdemokratische Partei den Wahlkampf zu führen gedenkt. „Großende Ungleichheit mit den bestehenden Zuständen hat sich bis in die sogenannten staatsstreuen Schichten eingetieft. Die unausbleibliche Folge der in Deutschland herrschenden agrarischen Wirtschaft und Liebesgabenpolitik. Diese Forderung wird nicht nur bleiben; sie wird sich steigern und Millionen und Abermillionen fleißiger, sorgender Menschen zur Unterernährung zwingen und zur Verzweiflung treiben. In den aufsteigenden Steuerklassen des letzten Jahres, die Zehntausende und Aberzehntausende von Arbeitern brotlos machten oder im Verdenst schwer schädigten und eine große Anzahl selbstständiger Existenzen ruinierten, werden neue Lasten kommen. Das Weistreiben zu Wasser, zu Lande und in der Luft geht ins Maßlose weiter und weiter und muß die Katastrophen beschleunigen, die diese Zustände angeht vermeiden sollen.“ So läßt der Aufruf des Parteivorstandes sich vernennen. Wider Forderung, Reichsfinanzreform, „agrarisches“ Wirtschaftspolitik, „Militarismus“ und „Marinismus“ soll also die „Empörung“ der Massen bei den nächsten Wahlen wachgerufen werden, und unter diesen Zeichen hofft die Partei diese einem großen Siege entgegenzuführen zu können. Diese vorzeitige Ankündigung der Wahlparole lehrt unsere Freunde, was sie in nächster Zeit zu gewärtigen haben. Darum tut vor allem intensive Schulung not. Die Centrumpartei verfügt über ein reichhaltiges Material, das in obengenannter Richtung die Politik der Partei rechtfertigt, die Einwände der Gegner zurückweist und für den Kampf das nötige Rüstzeug bietet. Mögen unsere Parteifreunde es nicht ungenutzt lassen, unsere Presse härten, die Organisation nachsehen und nachprüfen, Lücken ausfüllen, vor allem aber auch für die Munition, Geh für den Wahlkampf, das diesmal mehr wie je eine bedeutsame Rolle spielen wird, sorgen, kurz nach jeder Richtung hin die Opferwilligkeit bewahren, ohne die große und nachhaltige Erfolge nun einmal nicht möglich sind. Der kommende Wahlkampf wird an die Partei bisher nicht gekannte Anforderungen stellen. Die Außerordentlichkeit der Situation erfordert auch entsprechende Kampfanstrengung und Kampfmittel, soll die Partei ungezwungen und mit Ehren aus dem Kampf hervorgehen. Und das wollen und müssen wir, . . .

Kleines Feuilleton.

* Der Blumenverkaufstag zum Festen eines Säuglingsheims in Mainz. Am letzten Sonntag war alles in Mainz aus Varmberzigkeit „rot“. Aber auch in der näheren und weiteren Umgebung begegnete man dem „Sich ins Rot“. Allüberall in den Taunusorten konnte man die roten Kleider sehen. Die Mainzer Wägenfahrer kamen kolonnenweise mit den roten Wägen in den Taunus und trugen die Blumen der Varmberzigkeit. Den Tag über in den Wägen stolz zur Schau. Wenn ein Zug von Mainz in Wiesbaden eintraf, konnte man fast glauben, es sei hier sozialdemokratischer Parteitag. Ein guter Wiesbadener glaubte fast daran und fragte einen Herrn, ob er in politischer Beziehung umgelaufen hätte. „Nein, mein Lieber, ich wähle nach wie vor Centrum, aber wir haben in Mainz heute alle rote Kleider als „Blume der Varmberzigkeit“ im Knopfloch.“ „Ach so“ — sagte der gute Mann und war sichtlich beruhigt über die Auskunft. Mit freudigem Eifer gingen in Mainz 400 anmutige Dienerrinnen der Wohltätigkeit aus Welt und sie erlebten die Genugthuung, daß die Blumen reifen den Abzug fanden. Vom Baron bis zum Wägenführer, alles war mit der „Blume der Varmberzigkeit“ geschmückt. Und nicht nur in einem Exemplar, zu Dutzenden wurden sie gekauft. Die Damen trugen ihre Sträußchen am Hüfen, und die Herren verfügten vielfach nicht über genügend Knopflocher, um alle Blumen unterzubringen. Gut, Spazierstock, Zigarrenkasten, Straßenbahnkassette, Geschäftsfestangestellte und selbst die strengen Hüter des Geschlechts trugen roten Faden. Auch die Däster der Drofchkyer schmielte vielfach eine Blume, Autokablen waren mit Interquaranten umwunden, ebenfalls Kinder- und Sportwagen. Hunde und Vögel trugen anflut ihrer Halsbänder die bunte Kränze von Wohltätigkeitsblumen. Eine besondere Ueberraschung bereitete das pöbelliche Auftreten von weissen und lila Blumen neben den roten. Nachmittags und abends suchten die Blumenmädchen auch das Stadttheater auf, woselbst die Blumen ebenfalls stark gekauft wurden. Den ganzen Tag über herrschte auf der Straße ein ungemein leb-

— Trinters Lage. „Ja, ja — unser Jahrhundert ist groß an Erfindungen! W. Lembar's Luftschiff hab'n wir, fliegen können wir auch — und jetzt hab'n wir gar den Nordpol entdeckt. . . aber richtig einfaches können wir alleweil no' net.“ — W. a. h. n. u. g. Vater (im Wirtshaus): „Sauf' nicht so viel, Jungel. Du wirst ja die ganze Statistik über den Saufen.“

Dienstmädchen, 15-16 J.
gesucht. **Grefelderstr. 42.**

